

# Fraktion direkt

Informationen der **CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe**



**SONDERTEIL:**  
Haushalts-  
stabilisierungs-  
prozess

## Kombilösung ist für die CDU-Fraktion nicht verhandelbar

Erstaunen herrscht bei der CDU-Fraktion über die Einschätzung des Bundesrechnungshofs, der mit seiner Kritik am Kriegsstraßentunnel die Grundkonzeption der Kombilösung angreift. Für die CDU-Fraktion ist „schlicht unverständlich“, weshalb auf halber Strecke nun die zwingende Idee der Kombilösung mit ihren Tunneln in der Kaiserstraße und der Kriegsstraße infrage gestellt wird.

Eine klare Forderung richten die Stadträtinnen und Stadträte der CDU-Fraktion an Berlin: Alle Projektbeteiligten müssen sich auf die seinerzeit nach gründlicher Untersuchung getroffene Entscheidung des zuständigen Ministeriums verlassen können. Alles andere wäre „gefährlich“ und hätte eine „bedauerliche Signalwirkung“ an alle Städte und Gemeinden, die zukunftsweisende Verkehrsprojekte realisieren wollen.

Kritik ruft bei der CDU-Fraktion die mit der Entscheidung des Bundesrechnungshofs unnötigerweise verbundene Verzögerung beim Baubeginn der Kriegsstraße und Kostensteigerung hervor. Die Fraktionsmitglieder bedauern, dass es dadurch zu weiteren Belastungen der Bürgerinnen und Bürger kommt und die Kombilösung erst verspätet starten kann.

Es wäre ein Schildbürgerstreich, so die Stadträtinnen und Stadträte, wenn durch die Intervention des Bundesrechnungshofs das Rumpfbauwerk halb fertig im Sand stecken bliebe und in der Kaiserstraße weiterhin oberirdisch Bahnen fahren würden – entgegen dem Bürgerentscheid.

## Inhalt

- 2 Nachgefasst: Städtische Fahrradstreife erfolgreich
- 2 Gehwegparken: Stadtverwaltung ist in der Pflicht
- 3 Zwei Fragen an Jan Döring
- 3 Kriminalität in Karlsruhe gestiegen
- 4 Teilnahme am Tüftler- und Forscherinnentag
- 4 CDU-Fraktion reinigt Kinderspielplatz
- 5 SONDERTEIL: Haushaltsstabilisierungsprozess
- 6 Außenstelle des BAMF in Hagsfeld
- 6 Besuch im Europäischen Parlament

### Zweite Rheinbrücke als „Vordringlicher Bedarf“ im Bundesverkehrswegeplan 2030

Die Freude der CDU-Fraktion über die Nachricht ist groß. Die Einstufung der zweiten Rheinbrücke mit Anschluss an die B36 als „Vordringlicher Bedarf“ und die Bewertung dieser Dringlichkeit mit „hoch“ im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 hat sich aus Sicht der CDU-Fraktion geradezu aufgedrängt. Für die CDU-Fraktion ist die Einstufung als klares Signal des Bundes an die Gegner der zweiten Rheinbrücke zu werten, dass nur die zweite Rheinbrücke als einzig tragfähige Lösung für die Verkehrsprobleme infrage kommt.

Die CDU-Fraktion warb daraufhin bei allen betroffenen politischen Mandatsträgern, mit den Unternehmen in Karlsruhe und der Region zusammenzuarbeiten und sich mit Nachdruck in Berlin und Stuttgart für den schnellen Bau der zweiten Rheinbrücke und deren Anschluss an die B36 einzusetzen. Die TechnologieRegion (TRK) und der Regionalverband Mittlerer Oberrhein (RVMO) taten dies im Anschluss daran bereits in ihren aktuellen Stellungnahmen gegenüber dem Bund. Sie unterstreichen dabei, dass der Bau der zweiten Rheinbrücke nicht nur aus Karlsruher Perspektive große Vorteile bringt, sondern für die gesamte Region von besonderer Bedeutung ist. Eine Einschätzung, die die CDU-Fraktion voll umfassend teilt. Deshalb unterstützt sie die Forderung des TRK-Vorsitzenden und Karlsruher Oberbürgermeisters Dr. Frank Mentrup nach einem zügigen Abschluss des laufenden Planfeststellungsverfahrens und eine schnelle Nachführung der Planungen für den Anschluss der zweiten Rheinbrücke an die B36 uneingeschränkt.

## Nachgefasst

### Hat sich die städtische Fahrradstreife bewährt?

Seit April 2015 sind der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) und der Gemeindliche Vollzugsdienst auch mit dem Fahrrad im Karlsruher Stadtgebiet unterwegs. Nach einem Jahr erkundigte sich die CDU-Fraktion nach den bisherigen Erfahrungen.

Die Stadtverwaltung zieht eine positive Bilanz. Vor allem in den großen Grünanlagen bieten die Fahrradstreifen eine optimale Ergänzung zu Streifengängen zu Fuß oder mit dem Auto. Durch die Fahrradstreife können mehr Bereiche kontrolliert werden, gleichzeitig steigt das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerschaft durch die Präsenz von Ordnungskräften. Die CDU-Fraktion unterstützt die Fortführung und Ausweitung der Fahrradstreife.

## Editorial

### Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,



im Rahmen des Haushaltsstabilisierungsprozesses wird es in fast allen Bereichen der Stadt zu Kürzungen kommen. Viele dieser Einsparmaßnahmen treffen die Bürgerinnen und Bürger, aber auch uns ganz persönlich schmerzlich. Es gilt jedoch, ein drohendes Haushaltsdefizit von über 400 Millionen Euro bis zum Jahr 2022 abzuwenden. Das kann nur funktionieren, wenn man konsequent den Rotstift ansetzt mit dem Ziel, eine ausgewogene Balance zwischen allen Bereichen unseres breiten städtischen Aufgabenspektrums zu erreichen. Nur durch eine Konsolidierung wird der Haushalt wieder auf ein stabiles Fundament gestellt und kann zukunftssicher gemacht werden. Nur so sind auch in Zukunft noch Investitionen möglich. Davon profitieren wir und unsere nachfolgenden Generationen. Diesen Prozess wollen wir gerne transparent für alle Bürgerinnen und Bürger nach außen tragen. Über Ihre Fragen und Anregungen dazu freue ich mich sehr.

Ihr

Tilman Pfankuch

### CDU-Fraktion beantragte vorläufigen Stopp des Pilotprojekts Gehwegparken

Der beantragte vorläufige Stopp des „Pilotprojekts Gehwegparken“ sorgte bei der Stadtverwaltung für Bewegung. Die CDU-Fraktion hatte wegen der vorliegenden Erkenntnisse Zweifel am bisherigen Zeitplan und der prognostizierten Kosten.

Der nun vorgestellte Maßnahmenkatalog sowie der aktualisierte Zeitplan sieht die Ahndung von unzulässigem Gehwegparken im gesamten Stadtgebiet ab 1. Januar 2017 vor. Erstaunt zeigte sich die CDU-Fraktion über die Ankündigung der Verwaltung, nach der die Bürgervereine faktisch mit der Erfassung möglicher Legalisierungsmöglichkeiten des Gehwegparkens beauftragt werden sollen. In einem Brief an den Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup kritisierte die CDU-Fraktion diese Delegation der Verantwortlichkeit und forderte eine Anwendung des in den Pilotstadtteilen durchgeführten Verfahrens. Auf der einen Seite ist es zwingend erforderlich, dass Passanten künftig ausreichend Platz auf den Gehwegen haben. Auf der anderen Seite ist es für die CDU-Fraktion unverändert fraglich, ob durch die erzwungene Neuregelung ausreichend Parkmöglichkeiten erhalten bleiben oder sich der Parkdruck weiter verschärfen wird.

#### Kritische Entwicklung – Kriminalität in Karlsruhe gestiegen

Die Kriminalstatistik 2015 für Karlsruhe ist erschreckend. 33.323 Straftaten wurden in Karlsruhe begangen – rund 2.500 Delikte mehr als im Vorjahr. Vor allem die um 72 % gestiegenen schweren Fälle von Ladendiebstahl und die massiv zugenommene Anzahl von Raubüberfällen betrachtet die CDU-Fraktion mit Sorge.

Dennoch waren die veröffentlichten Zahlen keine Überraschung für die Stadträtinnen und Stadträte, die bereits Wochen zuvor in einem Gespräch mit Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern aus Karlsruhe und Vertreterinnen und Vertretern des Handelsverbands Nordbaden e. V. über gezielte Beutezüge von insbesondere osteuropäischen Banden in den Karlsruher Geschäften informiert wurden. Abgesehen haben es die Täter, die selten Angst vor strafrechtlichen Konsequenzen haben, auf Drogerieartikel, Alkohol, Zigaretten oder Kleidung, die sich als Hehlerware weiterverkaufen lassen.

Was kann getan werden? Die CDU-Fraktion ist sich sicher, dass neben einer konsequenten Strafverfolgung durch sichtbare Präsenz von Ordnungskräften die Probleme bekämpft werden können. Die CDU-Fraktion begrüßt deshalb ausdrücklich die durch die neue Landesregierung beschlossene Stellenschaffung bei der Polizei. Damit wird auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger geleistet, um das es, wie die sprunghaft angestiegenen Anträgen auf den Kleinen Waffenschein zeigen, nicht zum Besten bestellt ist. Seit Jahresanfang genehmigte die Stadtverwaltung fast 400 Kleine Waffenscheine. Im vergangenen Jahr wurden 145 Kleine Waffenscheine ausgestellt, in den Vorjahren waren es jährlich „nur“ zwischen 47 (2010) und 71 (2013).



#### CDU-Fraktion zum Abschied der Fregatte „Karlsruhe“

Nach Ansicht der CDU-Fraktion gebührt der Besatzung der Fregatte „Karlsruhe“ für ihren Einsatz ein würdiger Abschied, wenn das Schiff 2017 außer Dienst gestellt wird. Die „Karlsruhe“ ist zur Krisenabwehr und zur Krisenvorbeugung auf den Weltmeeren unterwegs. Unter dem Namen „Karlsruhe“ verteidigen die Soldatinnen

und Soldaten die Interessen der Nation. In jüngster Zeit ist die „Karlsruhe“ vor Libyen im Einsatz, um Schleuserkriminalität zu bekämpfen und in Not geratenen Flüchtlingen zu helfen.

Schiffe der Deutschen Marine, die den Namen ihrer Heimatstadt Karlsruhe tragen, haben inzwischen eine über 100-jährige Geschichte. Durch die Fregatte „Karlsruhe“ wurde in den letzten Jahren im Rahmen von Missionen der Nato, Europas und der UN viel Gutes bewirkt. Die CDU-Fraktion hat sich stets dafür eingesetzt, dass es auch nach einer Außerdienststellung der jetzigen „Karlsruhe“ wieder eine neue „Karlsruhe“ geben soll. Umso mehr ist es zu bedauern, dass diese gute Tradition nun 2017 ein Ende finden und keine weitere Fregatte mehr unter dem Namen „Karlsruhe“ in See stechen wird. Die CDU-Fraktion hält einen festlichen Abschied von der Besatzung der Fregatte für wichtig und richtig. Sie will in diesem Punkt Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup gerne unterstützen, der einen Festakt in Karlsruhe plant, damit sich die Stadt würdig von der Besatzung verabschieden und sich bei dieser bedanken kann.

#### Zwei Fragen an ...

##### Stadtrat Jan Döring:



##### Herr Döring, wie kam es dazu, dass Sie als Gemeinderat kandidierten?

Politisch engagiert war ich bereits in jungen Jahren als aktives Mitglied der Jungen Union. Als ich dann ins Berufsleben einstieg, stellte ich in meiner täglichen Arbeit zunehmend fest, dass aus Politik der rechtliche Rahmen wird, in dem Polizisten arbeiten. Kandidiert habe ich, weil ich auch selbst Einfluss auf diesen Rahmen nehmen wollte. Zudem wollte ich einen Beitrag aus der beruflichen Praxis eines Polizisten leisten, wenn es um Fragen der kommunalen Sicherheit geht.

##### Was war ein Erlebnis aus dem Gemeinderat, das Sie wohl nicht wieder vergessen?

Bei der ersten Gemeinderatssitzung haben sich alle nach mir herumgedreht und mich angestarrt, weil ich beim Abstimmen das Kärtchen mit der falschen Farbe hochgehalten habe. Leider war mir in diesem Moment nicht bewusst, dass meine Abstimmungskarte schlicht falsch bedruckt war. Heute kann ich natürlich alle Regeln in- und auswendig und denke, dass ich einen wertvollen Beitrag als sicherheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und darüber hinaus leiste.





### CDU-Fraktion fordert Teilnahme am Tüftler- und Forscherinnentag

Bei Mädchen wie Jungen muss früh die Begeisterung für die Welt der Technik und Naturwissenschaften geweckt werden, denn der zunehmende Fachkräftemangel in diesen Bereichen wird zu einem immer größeren Problem für Deutschland. Die CDU-Fraktion beantragte deshalb erfolgreich bei der Stadtverwaltung zu prüfen, ob diese und ihre städtischen Gesellschaften die Teilnahmevoraussetzungen für den 3. Tüftler- und Forscherinnentag Baden-Württemberg erfüllen. Der Termin ist der 22. November 2016. Kita-Gruppen haben an diesem Tag die Möglichkeit, Unternehmen und Forschungseinrichtungen in ihrer Nähe zu besuchen und spielerisch, bei einem eigens für sie von Auszubildenden geplanten Programm, Einblicke in die Berufspraxis zu bekommen. Unternehmen können sich um eine Teilnahme bei der element-i Bildungsstiftung bewerben.

Auch für die Stadt und ihre Gesellschaften sieht die CDU-Fraktion durch deren Teilnahme Vorteile, denn so kann der Nachwuchs für die eigene Branche begeistert werden. Vor allem gefällt der CDU-Fraktion aber, dass Teilnahmevoraussetzung die Erarbeitung und Ausführung des Programms durch Auszubildende ist. Diese lernen durch ein solches Engagement Verantwortung zu übernehmen und ihre sozialen Kompetenzen auszubauen. Aufgrund des Antrags der CDU-Fraktion haben bereits die Stadtwerke Karlsruhe und die Verkehrsbetriebe Karlsruhe ihre Teilnahme zugesagt. Weiterhin wird derzeit geprüft, ob Auszubildende im technischen Bereich der Stadt ein Programm für Kita-Gruppen gestalten können. Zudem wird die Wirtschaftsförderung Karlsruhe wegen der Beteiligung am Tüftler- und Forscherinnentag gezielt auf Karlsruher Unternehmen zugehen.

### Unterversorgung bei Kitaplätzen vermeiden

Mit einer Anfrage hat sich die CDU-Fraktion bei der Stadtverwaltung erkundigt, ob eine Unterversorgung an Kitaplätzen zu befürchten ist oder bereits existiert. Anlass zu der Anfrage gab die „Handlungsempfehlung Kita 2025“ der evangelischen Kirche Karlsruhe. Aus dieser geht hervor, dass die Kirche ihre eingruppierten Kitaeinrichtungen nach Einzelfallprüfung bis 2020 schließen wird und ihre zwei- und dreigruppigen Einrichtungen auf die Möglichkeit zur Vergrößerung überprüft.

Mit ihren 48 Kitas ist die evangelische Kirche einer der größten freien Träger im Stadtgebiet. Für die CDU-Fraktion ist deshalb klar, dass wenn die Kirche ihre eingruppierten Einrichtungen schließt und größere Einrichtungen dafür erweitert, rechtzeitig zusammen mit der Stadt dafür gesorgt werden muss, dass kein großes Defizit an Plätzen entsteht. Die Bedenken der CDU-Fraktion, dass bereits jetzt nicht überall in Karlsruhe ausreichend Plätze vorhanden sind, wurde durch die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage bestätigt. Die CDU-Fraktion will deshalb sicherstellen wissen, dass durch die geplanten Schließungen kein so großer Mangel entsteht, dass Eltern gezwungen sind, auf wohnortfernere Einrichtungen auszuweichen oder lange auf einen Platz warten müssen.

Wichtig für die CDU-Fraktion ist ebenfalls, dass bei dem Ausbau der größeren Einrichtungen die Qualität des Angebots nicht verloren geht. Ein wesentliches Qualitätsmerkmal von Betreuungseinrichtungen ist neben einem guten pädagogischen Angebot die Erreichbarkeit für die Familien. Für die CDU-Fraktion gehört zu einem familienfreundlichen Stadtteil auch ein Kindergarten.



### Dreck-weg-Wochen: CDU-Fraktion reinigt Kinderspielplatz

Müll ist besonders auf Kinderspielplätzen ein Ärgernis und kann für spielende Kinder gefährlich werden. Die CDU-Fraktion reinigte deshalb während der Dreck-weg-Wochen 2016 den Kinderspielplatz am Brauhaus Kühler Krug.

Fünf gut gefüllte Müllsäcke wurden am Ende der „Putzaktion“ für das Amt für Abfallwirtschaft (AfA) zum Abholen bereitgestellt. Die teilnehmenden Stadträte dankten dem AfA für die hervorragende Organisation und die überlassenen Müllzangen und Müllsäcke.

Im letzten Jahr war die CDU-Fraktion auf dem Indianerspielplatz und unterhielt sich dort mit den angrenzenden Nutzern über Probleme und Lösungen von Verschmutzung auf dem Spielplatz. Nun wollten die Fraktionsmitglieder selbst anpacken und dadurch auch andere zur Teilnahme bei den Dreck-weg-Wochen motivieren. Das gemeinsame Ziel ist klar: Eine saubere Stadt!

## 5 SONDERTEIL: Haushaltsstabilisierungsprozess

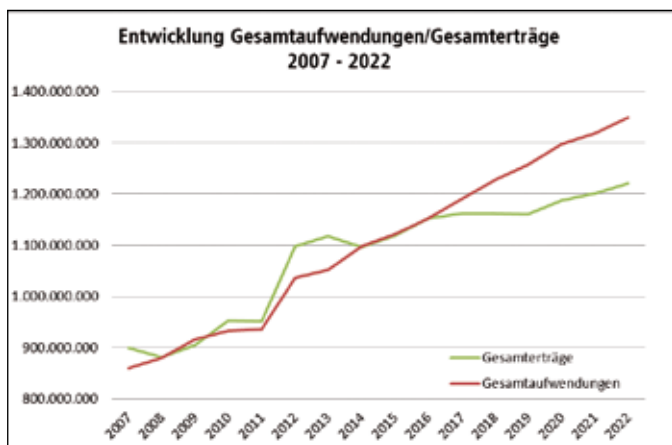
### Haushaltsstabilisierung – Karlsruhe ist Vorbild für Städte in Baden-Württemberg

Ein großes Loch von insgesamt rund 426 Millionen Euro ist im städtischen Ergebnishaushalt für die Jahre 2017 bis 2022 zu erwarten. Keine leichte Aufgabe für die Stadträtinnen und Stadträte.

#### Wie kommt es zum Defizit?

Es wurden in den vergangenen Jahren immer mehr neue Aufgaben durch den Gesetzgeber von Bund und Land auf die Kommunen übertragen, ohne für eine auskömmliche Finanzierung zu sorgen. Dies führte zu zusätzlichen Personalausgaben. Die gleichzeitig gestiegenen Steuereinnahmen reichten nicht aus, um diese Lasten für eine Kommune wie Karlsruhe wiederkehrend zu schultern.

Die Probleme kommen nicht von den zahlreichen Investitionen, die in Karlsruhe für eine Stadt mit hoher Lebensqualität getätigt werden, sondern durch die weiter aufgehende „Schere“ zwischen den städtischen Aufwendungen und Erträgen. Karlsruhe hätte auch ohne jegliche weiteren Investitionen (die im Investitionshaushalt ausgewiesen sind) keinen ausgeglichenen Ergebnishaushalt. Im Übrigen investiert die Stadt bereits seit vielen Jahren fast jährlich über 60 Millionen in die Sanierung und Neubauten von Schulen und Kitas.



Quelle: Stadt Karlsruhe

#### Was wird dagegen getan?

Bereits im April 2015 beauftragte der Gemeinderat die Stadtverwaltung, den Haushaltstabilisierungsprozess (HSPKa) umzusetzen, der nun zum Vorbild für andere Städte in Baden-Württemberg geworden ist. Ziel des HSPKa ist, das im Ergebnishaushalt bestehende strukturelle Defizit zu schließen und so langfristig ausreichend Mittel für wichtige Investitionen verfügbar zu halten.

Mit dem Ende April beschlossenen ersten Maßnahmenpaket mit fast 300 Maßnahmen, durch das das Defizit bereits um rund 185 Millionen Euro gesenkt werden kann, ist ein erster wichtiger Schritt gemacht. Die Stadtverwaltung bereitet derzeit ein zweites Maßnahmenpaket vor, das ab dem Doppelhaushalt 2019/2020 greifen soll. Standen im ersten Maßnahmenpaket noch Ertragssteigerungen und solche Maßnahmen im Mittel-



© grafikplusfoto - Fotolia

punkt, die bereits im Doppelhaushalt 2017/2018 umgesetzt werden können, wird beim zweiten Maßnahmenpaket der Fokus verstärkt auf strukturellen Veränderungen liegen, die die laufenden Ausgaben nachhaltig reduzieren sollen.

#### Wofür steht die CDU-Fraktion?

Die Stadt hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Dieses wurde durch den hohen Standard bei der Aufgabenerfüllung mitverursacht, der teilweise deutlich über dem landes- und bundesweiten Durchschnitt liegt.

Die Stadträtinnen und Stadträte sehen jede einzelne Entscheidung vor dem Hintergrund des gesamten städtischen Aufgabenspektrums, das eine Gesamtabwägung aller Bereiche notwendig macht. Im ersten Maßnahmenpaket wurde dadurch eine ausgewogene Balance gefunden. So kann beispielsweise die Förderung der Karlsruher Kultureinrichtungen auf dem bisher hohen Niveau nicht beibehalten werden. Zukünftig erhalten alle bisher geförderten kulturellen Einrichtungen in Karlsruhe einen um 3,6 % verringerten Zuschuss – auch die beiden kulturellen Leuchttürme ZKM und Badisches Staatstheater. Auch vor dem Hintergrund der Zuschussreduzierung für die soziale Stadt Karlsruhe um 9 % und den zusätzlichen Belastungen aller Bürgerinnen und Bürgern wie beispielsweise durch die beschlossene Grundsteueranpassung sind dies vertretbare, wenn auch bedauerliche Notwendigkeiten.

Der angestoßene Haushaltstabilisierungsprozess ist deshalb ein unumgänglicher Schritt, um die eigene Verantwortung für unsere Stadtfinanzen zu behalten, aber auch, um noch in der Zukunft Investitionen tätigen und die Handlungsfähigkeit erhalten zu können. Eine Großstadt braucht stetige Erneuerungsfähigkeit!

*Sie haben weitere Vorschläge wie die laufenden Ausgaben gesenkt oder die Einnahmen erhöht werden können?*

*Dann schreiben Sie uns:  
cdu@fraktion.karlsruhe.de*

### KIT Campus Süd Erweiterung: CDU-Fraktion vor Ort im Gespräch

Bei ihrem Besuch vor Ort am Adenauerring sprach die CDU-Fraktion mit Anwohnerinnen und Anwohnern, die vom Bauvorhaben des KIT betroffen sind. Wie so häufig treffen hier verschiedene Interessen aufeinander. Auf der einen Seite stehen die Nachbarn, die um ihre Wohnqualität fürchten, was selbstverständlich nachvollziehbar ist. Auf der anderen Seite ist das KIT, das auf seinem Grundstück den Campus Süd erweitern möchte, auch das ist verständlich. Es ist deshalb für die CDU-Fraktion wichtig, sehr früh in einen Dialog zu treten und im Wege eines Abwägungsprozesses die verschiedenen Interessen zu berücksichtigen. Da man ganz am Beginn des Bebauungsplanverfahrens ist, steht dem nichts im Wege. Für die CDU-Fraktion ist klar: Bei größeren Bauvorhaben müssen die Bürgerinnen und Bürger immer frühzeitig miteinbezogen werden.



### CDU-Fraktion will Details zur geplanten Außenstelle des BAMF in Hagsfeld

Bis zu 400 Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollen täglich für ihr Asylverfahren nach Plänen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in die angedachte Außenstelle auf dem ehemaligen „Pfizer-Areal“ nach Hagsfeld kommen. In einem aktuellen Schreiben an den Leiter des BAMF, Dr. Frank Jürgen Weise, fordert die CDU-Fraktion, dass alle organisatorischen Vorkehrungen getroffen werden, damit ein reibungsloser Ablauf der Antragsbearbeitung garantiert ist. Gleichzeitig wollen die Fraktionsmitglieder wissen, wann die Außenstelle ihren Betrieb starten und für welche Zeit diese in Hagsfeld untergebracht werden soll.

Den Stadträtinnen und Stadträten ist besonders wichtig, dass Spannungen und unnötigen Verzögerungen vor Ort durch eine entsprechende Vorbereitung der asylsuchenden Antragsteller vorgebeugt wird. Auch ein Verkehrskonzept müsse erarbeitet werden, so die CDU-Fraktion in ihrem Schreiben weiter, das die zielgenaue An- und Abreise der Asylbewerberinnen und Asylbewerber sicherstellt. Die CDU-Fraktion erwartet zudem, dass die Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil über die mit der Einrichtung der Außenstelle zu erwartenden Veränderungen zügig durch das BAMF informiert werden.

### Europäisches Parlament: CDU-Fraktion besucht Daniel Caspary MdEP

Immer mehr Entscheidungen aus Europa beeinflussen das Leben in der Kommune. Um die Entscheidungswege auf europäischer Ebene einmal hautnah zu erleben, hat sich die CDU-Fraktion deshalb am diesjährigen Europatag (9. Mai) für ihre Fraktionssitzung in die europäische Hauptstadt Straßburg aufgemacht. Dort stand ein ausführliches Gespräch mit dem nordbadischen Europaabgeordneten Daniel Caspary MdEP (CDU) auf dem Programm.

Bei dem Gespräch wurde intensiv darüber gesprochen, dass die regionale Zusammenarbeit mit Nachdruck verstärkt werden muss. Auch aus europäischer Perspektive wird deutlich, dass Karlsruhe als Oberzentrum stärker auf die Region setzen sollte und dafür im Umland entschlossener werben muss.



**Besuchen Sie unsere Webseite: [www.cdu-fraktion-karlsruhe.de](http://www.cdu-fraktion-karlsruhe.de)**

*Wer immer auf dem neuesten Stand sein möchte, kann sich hier für unseren Newsletter anmelden.*

#### Impressum

Herausgeber CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe  
Vorsitzender Tilman Pfannkuch  
Redaktion Tilman Pfannkuch, Dr. Albert Käuflein,  
Simon Sterbenk, Susanne Friedrich  
Fotos CDU-Gemeinderatsfraktion  
Satz und Druck [www.fkm-verlag.com](http://www.fkm-verlag.com)

Anschrift: Fraktionsgeschäftsstelle  
CDU-Fraktion Karlsruhe  
Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe  
Telefon 07 21/2 95 94, Fax 07 21/2 86 63  
[cdu@fraktion.karlsruhe.de](mailto:cdu@fraktion.karlsruhe.de)  
[www.cdu-fraktion-karlsruhe.de](http://www.cdu-fraktion-karlsruhe.de)

